

## Antrag

An Herrn  
Oberbürgermeister  
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



03.09.2025

## Versorgung von Schulen mit Schulpsychologen

Die Landeshauptstadt München setzt sich über den bayerischen und deutschen Städtetag dafür ein, dass an Grund- und Mittelschulen oder vergleichbaren Schularten und-verbänden Schulpsychologen den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Eltern und Lehrkräften vor Ort als Ansprechpartner zur Seite stehen. Der Schwerpunkt soll im Bereich der Prävention und Früherkennung psychologischer Probleme gelegt werden.

## Begründung

Seit der Corona-Pandemie ist die bspw. die Zahl der Schulabsentismen sowie der Bedarf an psychologischer Betreuung von Kindern massiv angestiegen. Eltern, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Kinder- und Jugendpsychotherapeuten beklagen immer häufiger, dass für den steigenden Bedarf immer weniger Hilfsangebote existieren. Die Ursachen, weshalb Kinder in psychische Not geraten oder erkranken sind vielfältig und häufig multiple. Schwierigkeiten mit Mitschülerinnen, Trennungsängste oder zu hoher Leistungsdruck können ebenso ursächlich sein wie Unterforderung, Probleme mit Lehrerinnen, Mobbing, familiäre Veränderungen, Versagensängste oder psychische Erkrankungen sind nur einige Beispiele. Der Anpassungsdruck an eine, sich immer schneller und leider auch bedrohlich entwickelnde Welt, die durch die digitalen Medien von den Kindern noch viel stärker empfunden wird, tragen ihren Teil zur heutigen Situation bei. Gerade in einem für die Kinder sehr zentralen Lebensbereich, der Schule, sollten Probleme möglichst früh erkannt und mit niederschweligen Angeboten Hilfe geleistet werden. Die kommunalen Spitzenverbände sind hier das richtige Sprachrohr, um auf den Freistaat und den Bund einzuwirken, da diese Schwierigkeiten in allen Kommunen auftreten. Bund, Land und Kommunen sind gleichzeitig gefragt, die in ihrer Zuständigkeit liegenden Kompetenzen und Ressourcen zu nutzen und Veränderungen herbeizuführen. Die finanziellen Lasten solcher Maßnahmen müssen gerecht verteilt werden, weil die Folgen psychologischer Erkrankungen auf kurz oder lang alle staatlichen Ebenen betreffen.

**Manuel Pretzl (Initiative)**  
Fraktionsvorsitzender

**Jens Luther**  
Stadtrat